

Rundbrief Nr. 27

Nur für Mitglieder der Bekenntnisgemeinden

(Als Manuskript gedruckt.)

Die Weihnachtsgeschichte

Das geschichtliche Ereignis der Volkszählung und Steuererschätzung ist der Nachwelt bekannt geworden durch das Heilsereignis der Geburt Jesu Christi. Wenn es Gott paßt, macht er die geschichtlichen Dingen, auf welche alle Menschen ihr Augenmerk richten, klein und unbeachtlich und zeigt, daß ein Ereignis seiner heiligenden und rettenden Gnade tausendmal wichtiger ist als die größten Beschlüsse der Regierenden und die unwälzenden Ereignisse der Geschichte. Jedoch tritt das Beachtliche unscheinbar auf.

Um Joseph und Maria hat sich nicht einmal ein Schutzmann gekümmert, und doch war dieser Fußweg von Nazareth nach Bethlehem der Anfang vom Ende aller Dinge, der Anfang der Neuschöpfung einer gefallenen Welt. Man sieht daraus, daß Sucht, sich selbst verstehen zu wollen, eine Sucht, die uns moderne Menschen befallen hat, nicht ernst zu nehmen ist. Maria und Joseph haben sich selbst auch nicht verstanden. Aber sie haben geglaubt und aus dem Glauben gelebt wie die Blume vom Licht. Und dann ist im Stall in Bethlehem jenes Ereignis eingetreten, von dem die Welt bis zum jüngsten Tage lebt, und aus dem die Welt nach dem jüngsten Tage neu gebaut werden wird, weshalb gerade aus diesem Ereignis die Welt dem hoffnungsvollen Tode entgegengeführt wird. In Heu und in Windeln wird der Schöpfer aller Dinge gefunden, dessen Größe kein Mensch zu ermessen vermag. Es ist nicht ein Zeichen für den Glauben unserer Zeit, daß innerhalb der Kirche die Augen immer wieder auf die „großen“ Ereignisse gerichtet sind und nicht auf das, was „im Stall und in der Krippe“ geschieht. Daß Menschen zum Glauben kommen, das ist noch heute das Ereignis, in welchem fortgeführt wird, was in der Krippe in Bethlehem begann. Nicht im Gleichschritt der Legionen, nicht im Aufbau eines heiligen Reiches dieser Welt, sondern in den geistlichen Ereignissen ist das entscheidende Geschehen dieser Zeit zu suchen. Und mir will scheinen, daß alle wahren Christen Ursache genug haben, sich dieser Tatsache zu freuen.

Zur Lage

Die gegenwärtige Lage der Kirche ist gekennzeichnet durch einen beantragenden Friedenswillen der Deutschen Christen. Man versucht noch einmal, auf der Basis eines „legalen“ Oberkirchenrats eine Ordnung zu schaffen, ohne Buße zu tun. Bezeichnend für die Lage ist u. a. ein neuer Offener Brief von Dr. Kinder, der wieder wie sein erster an die Pastoren gerichteter Brief von Friedenswilligkeit geradezu überfließt. Interessant ist in diesem Brief, wie er mit den Bergen von Unrecht und Verleumdung, welche seinen Deutschen Christen aufgehäuft werden, fertig zu werden versucht. Er stellt es so dar, als ob das Unrecht, welches den mehr als 1 000 Pastoren angetan worden ist, das Unrecht, welches den vielen tausend Gemeindegliedern aufgehäuft wurde, gar nicht wert sei genannt zu werden, weil es eine kleine und unbedeutende Sache gegenüber dem Ganzen sei. Der Spruch: „Lasset uns Böses tun, damit Gutes dabei herauskomme“ könnte sehr wohl über diesem Absatz seines Briefes stehen.

Aller Erwähnung wert ist es, daß in demselben Augenblick, wo diese Friedensschalmeien ertönen, Herr Hossensfelder

wieder an entscheidender Stelle eingesetzt wird. Die Landesleitung im Saargebiet gibt bekannt, daß Hossensfelder sich Dr. Kinder unterstellt habe und nun die Gruppe der Deutschen Christen im Kirchenrat führen werde. Man braucht nur diese eine Tatsache zu erwähnen, um zu sehen, was man von der Bekenntniswilligkeit der Deutschen Christen, wie sie im Brief von Dr. Kinder erscheint, zu halten hat.

Während auf der einen Seite Herr Dr. Kinder höchst selbst Friedensaktionen unternimmt und erklärt, es müsse jetzt „aus Liebe zu Jesus Christus“ jeder Hinderungsgrund zurückgestellt werden für den wahren großen Aufbau, diffamieren seine Untergebenen die vorläufige Kirchenleitung unter D. Marahrens als „Separatisten-Obrigkeit“ und die Bekenntnisgemeinschaft als „Separatisten-Vereinigung“. Und solches geschieht im Saargebiet, wo angeblich jeder Anlaß zum Unfrieden unterbleiben sollte.

Für die Bekenntnende Kirche gilt es mehr denn je, im Kampf treu zusammenzustehen und sich durch nichts beirren zu lassen. Denn es geht um eine große Sache.

Zur Frage des Eides

Erklärung des Reichskirchenregiments

Aus Anlaß zahlreicher Anfragen aus Hochschulkreisen betr. Vorbehalt einer von einem evangelischen Christen geforderten Eidesleistung hat die vorläufige Leitung der DCK, wie uns mitgeteilt wird, geantwortet:

„Der unter Anrufung Gottes, dem Führer Adolf Hitler geleistete Eid gibt der Treue- und Gehorsamsverpflichtung den Ernst der Verantwortung vor Gott und damit ihre rechte Begründung. Er schließt durch die Berufung auf Gott ein Tun aus, das wider das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes ist. Damit halten wir uns an das Wort des Herrn: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ und an die apostolische Auslegung: „Man muß Gott mehr gehorchen, denn den Menschen“ und „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat“.

Die vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche bezeugt mit dieser Erklärung, die sie dem Herrn Kultusminister übergeben hat, daß es sich in der Eidesfrage um ein allgemeinkirchliches Anliegen handelt.

Erklärung des Reformierten Bundes

Der Reformierte Bund für Deutschland hat am 14. Dezember an den Reichsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgendes Schreiben gerichtet:

Betr. Eidesfrage!

Herr Reichsminister!

Als Moderator des Reformierten Bundes für Deutschland, zu dem etwa 300 reformierte Gemeinden gehören, und als Vorsitzender des Coetus Ref. Prediger in Deutschland, wenden wir uns an Sie mit folgender Erklärung:

1. Die amtliche Verlautbarung der vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche in der Eidesfrage, die Ihnen mitgeteilt wurde, stimmt überein mit den Erklärungen, die Professor D. Karl Barth, zum Beamteneid abgegeben hat.
2. Gebunden an das in der Heiligen Schrift bezeugte Gebot Gottes hat Professor D. Karl Barth gehandelt in der

Verantwortung eines evangelischen Lehrers an einer deutschen Universität.

3. Die Entscheidung eines jeden evangelischen Christen in Deutschland kann auf Grund der Bindung an Gottes Wort nicht anders ausfallen, als wie sie von Prof. D. Karl Barth getroffen wurde.

Der Moderator des Reformierten Bundes für Deutschland
gez. Pastor D. Hesse.

Der Vorsitzende des Coetus Ref. Prediger für Deutschland.
gez. Karl Immer, Pastor.

Der „Fall“ Karl Barth

Professor Karl Barth, Bonn, hat erklärt, den Eid auf den Führer nur mit folgendem Zusatz zu leisten: „... soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann“.

Den Eid ohne Anerkennung dieses Satzes zu leisten, hat er abgelehnt.

Diese Tatsache notiert das „Evangelium im Dritten Reich“ mit folgenden Bemerkungen: „Reichsminister Rust hat den beamteten und ordentlichen Professor der evang. Theologie in Bonn, D. Karl Barth, der sich geweigert hat, den auf Grund des Gesetzes über die Vereidigung der Beamten vom 20. 8. 1934 vorgeschriebenen Eid auf den Führer und Reichszugler zu leisten, vom Amt suspendiert und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet.“

Wie bekannt, ist Karl Barth der theologische Hauptberater des Pfarrernotbundes und der sogenannten Bekenntnisfront. Seine Theologie ist in nicht geringem Maße schuld an vielem Mißverständnis in der evangelischen Kirche Deutschlands. Besonders verwirrend war sein Einfluß auf die theologische Jugend, der er das lutherische positive Verständnis des Staates erschwerte. Dem entspricht nur seine jetzt offenbar gewordene Haltung zum Führer und damit zum Nationalsozialismus. Das dürfte weiten Kreisen auch innerhalb der Bekenntnisfront die Augen öffnen, wohin die Theologie Karl Barths die evangelische Kirche zu führen drohte.“

Man kann nicht behaupten, daß aus diesem Bericht der wahre Tatbestand erkennbar ist.

Schleswig-Holstein

Die Lage in Schleswig-Holstein ist noch ungeklärt. Die ehemalige D.C.-Kirchenleitung mit Herrn Landesbischof D. Paulsen an der Spitze, sucht jetzt zum zweiten Male die Pfarrer der Bekenntnisfront durch eine „neutrale“ Gruppe von ihrem Auftrag in ihrer Kirche fernzuhalten. Am Bußtag hat er ein „bischöfliches Schreiben“ an die Amtsbrüder der ev.-luth. Landeskirche gerichtet. Aus diesem Schreiben sind folgende Feststellungen für einen größeren Kreis von Bedeutung:

„... Mit einem großen ehrlichen Vertrauen habe ich, zugleich mit vielen meiner Mitarbeiter, die Arbeit im vorigen Jahr begonnen. Ich habe darauf vertraut, daß der § 24 des nationalsozialistischen Programms eine offene Tür für die kirchliche Arbeit im Dritten Reich darstelle, wie sie der Kirche kaum jemals geboten worden sei. Ehrlich habe ich geglaubt und vertraut, daß hinter dieser offenen Tür die größte Volksbewegung unserer deutschen Geschichte warte, um, enttäuscht von einer Zeit des Materialismus und der Gottfremdheit, die Botschaft des Evangeliums zu empfangen. Gott weiß, daß dieses Vertrauen mich tief befehlte. Ich schäme mich dieses Vertrauens nicht, obgleich es bitter enttäuscht wurde.“

„Der Reichskirchenregierung waren von Anfang an äußerst schwere Aufgaben gestellt. Sie hat diese Aufgaben nicht gelöst. Erschütternd schwere Fehlgriffe, wie in Bayern und Württemberg, sind vorgekommen. Die Rechtsgültigkeit vieler Gesetze, insbesondere der Eingliederung, ist angezweifelt. Ich habe das Vertrauen auf die Verhältnisse in der Reichskirche ver-

loren und bereits in voriger Woche ein Vertrauensvotum ablehnen müssen.“ „Es werden ohne Zweifel fünf Bischöfe bereit sein, nötigenfalls eiblich zu bestätigen, daß der Staat in amtlichster Form die Trennung von Kirche und Staat mit all ihren schweren Folgen in Aussicht gestellt hat.“ „Als die Bekenntnisgemeinschaft das Notrecht erklärte, entstand eine neue Lage. Ich sah den Zusammenhang und Bestand der Landeskirche bedroht. Es war meine Pflicht, zu handeln. Zwang lehne ich ab. Darum habe ich die Landeskirchliche Front für Frieden und Ordnung aufgerufen. Sie ist nicht bestimmt, die Anhänger der Bekenntnisgemeinschaft niederzukämpfen, sie ist noch weniger dazu da, hinter ihrem Schild die Bewegung der Deutschen Christen zu bedecken oder wieder erstehen zu lassen. Ihr Ziel ist eine gruppenfreie Kirche evangelisch-lutherischen Bekenntnisses und lutherischer Haltung. Ihre Anhänger werden die Front verlassen, wenn die Gegner sich zusammensetzen. Sie werden sich nicht wieder irgend einer neuen oder alten kirchenpolitischen Gruppe zur Verfügung stellen. Unser Ziel ist: die gruppenfreie Kirche unter Anschluß an die lutherischen Landeskirchen im Rahmen der Reichskirche“

*

Der Bruderrat der Bekenntnisgemeinschaft hat darauf folgende klare Antwort gegeben:

Herr Landesbischof!

Wir ehren Ihren Willen, den Frieden in der Landeskirche herzustellen. Wir halten, wie Sie, „zu diesem Frieden eine Vereinerung, eine klare an Wort und Bekenntnis normierte Haltung“ für nötig.

Aber der Weg, den Sie die Kirche zu diesem Frieden führen wollen, ist uns weder durch Ihren Bußtagshirtenbrief noch durch das Schreiben vom 3. 12. restlos klar geworden und will uns, soweit er uns klar geworden ist, nicht als gangbar erscheinen.

Sie haben sich von dem Wege der „Deutschen Christen“ gelöst. Sie haben „das Vertrauen auf die Verhältnisse in der Reichskirchenregierung verloren“. Sie haben die Eingliederung aufgekündigt und sich von den Weisungen der Reichskirchenregierung gelöst. Sie sprechen andererseits von einem Anschluß an die lutherischen Landeskirchen im Rahmen der Reichskirche. Aber den Anschluß an die Führer der intakten lutherischen Kirchen, die sich der vorläufigen Reichskirchenregierung Marahrens unterstellt haben, haben Sie nicht vollzogen. Ja, das kirchl. Ges.- und B.-Blatt warnt vor dem Anschluß an dieses vorläufige Kirchenregiment, indem es die rechtlichen Folgen eines solchen Anschlusses von Kirchenvorständen aufzeigt.

So wollen Sie unsere Kirche einen Weg führen, der zwischen den beiden im Reich einander gegenüberstehenden Fronten hindurchführt.

Wir dagegen sind der Ueberzeugung, die der Landesbischof Marahrens in seinem Brief an den Reichsbischof zum Ausdruck bringt, wenn er sagt: „Ich glaube, daß der Weg, der nunmehr (von Marahrens eben) versucht ist, sich noch als einziger, ja als letzter, menschlich gesprochen, für eine Befriedung der D.C. bietet!“ Es würde uns als Untreue an der „Bekennenden Kirche“ und damit an Kirche und Volk überhaupt erscheinen, wenn wir uns von der von Marahrens geführten Front lösten und in eine landeskirchliche Friedensfront hineingingen, die für Schleswig-Holstein eine Sonderlösung zwischen den Parteien sucht. Dieser Weg hat sich schon einmal als ungangbar erwiesen. So können wir jetzt zu diesem Weg kein Vertrauen mehr haben.

Wir erklären Ihnen darum, daß wir Ihnen unser Ja nur geben können, wenn Sie gleich den Bischöfen Zänker und Kühlewein sich klar und deutlich zu den Landeskirchenführern stellen würden, die das vorläufige Kirchenregiment Marahrens, als für ihre Landeskirchen verbindlich anerkannt haben.

Wir wissen, daß das Kirchenregiment in Schleswig-Holstein zur Zeit durch den von der Synode 1933 berufenen Landeskirchenauschuß ausgeübt wird. Falls dieser die von Ihnen ge-

trossenen Entscheidungen nicht zu der feinigsten machen sollte, wären wir bereit, mit Ihnen zusammen den Kampf für den Anschluß an die von den obengenannten Führern unter Marahrens geführten lutherischen Kirchen aufzunehmen. Die endgültige Entscheidung über die Leitung unserer schleswig-holsteinischen Landeskirche kann unseres Erachtens erst im Zusammenhang mit der Neuordnung der D. E. K. überhaupt getroffen werden.

Uns will scheinen, daß ein Ja oder Nein von den Pastoren unserer Landeskirche erst hätte verlangt werden können, wenn vorher in einer gründlichen Aussprache die weiteren Entscheidungen über den Weg unserer Landeskirche geklärt worden wären. In der gegenwärtigen ungeklärten Situation kann unsere Antwort, die wir zugleich im Namen der zu unserer Bekenntnisgemeinschaft gehörenden Amtsbrüder geben, nur ein Nein sein.

Der Bruderrat. J. A.: West er.

*

Kennzeichnend für den Kampf um die Erfüllung der Aufgaben der Bekenntnisgemeinschaft ist auch nachstehendes Schreiben der Altonaer bekennnistreuen Pastoren an ihren Propst.

Altona, den 17. November 1934.

Herr Propst Hasselmann!

Daß der Altonaer Arbeitskreis Ihnen ein bestimmtes „Nein“ gibt, wird Sie nicht überraschen, wie es uns nicht im geringsten überraschte, daß gerade Sie sich für diesen seltsamen Versuch einer „kirchlichen Befriedung“ einsetzen.

Wenn wir an die Leidenschaft denken, in der Sie mit uns in Altona darum rangen, die Kirche aus ihrer Verbürgerung aufzuwecken und zu einer Umkehr zu ihrer in Schrift und Bekenntnis festgelegten Sendung zu bringen, dann können wir jetzt nur sagen: „es kreuzten Berge und geboren wurde — eine lächerlich kleine Maus“. Aus dem Ausbruch damals mit seinen Kämpfen und aus der Erweckung echter Kirche im ganzen Reich soll für unser Land nichts anders herauskommen, als — die alte Landeskirche. Sie verzichteten auf die Gestaltung der Kirche aus ihrer Sendung, zu der Sie auf dem Breklumer Missionsfest 1933 in Ihrer Predigt über das Martyrium (!) aufriefen, dem Sie sich dann allerdings schleunigst entzogen. Sie verzichteten auf die junge Kirche, um die Sie mit uns kämpften, zu Gunsten der alten Kirche. Und Sie verzichteten auf die Reichskirche zu Gunsten der alten Territorialkirche, eben weil Sie den Boden verlassen haben, auf dem allein echte Kirche werden kann und die aus ihrer echten Sendung heraus sich in Deutschland keine andere Lebensform geben kann als die Deutsche Evangelische Kirche. Es ist uns sehr lehrreich aus Ihrem Brief, daß Sie unsere Haltung, die wir in all der Zeit der Verfolgung unerschütterlich bekundet haben, bestätigen: echte Kirche kann sich nur aus ihrem eigensten Auftrag die Lebensform geben. Weil Sie die Grundlage der Kirche verlassen haben, mußten Sie das Ziel der Gestaltung der Kirche preisgeben.

Sie haben mit uns um die echte Führung in unserer Kirche gerungen und schwer mit uns darunter gelitten, daß die Pastorenschaft unseres Landes so zäh in ihrer Erstarrung steckte, daß eine Gefolgschaft für den Aufbau der Kirche aus dem Evangelium nicht zu erwecken zu sein schien. Keiner unter uns war mehr betroffen als Sie von dem Schweigen, in dem unsere schleswig-holsteinischen Amtsbrüder nach dem „Wort und Bekenntnis“ Altonaer Pastoren verharrten, als es aus allen deutschen Gebieten ein starkes Echo fand. Jetzt haben Sie die Gefolgschaft, und Sie scheinen zu triumphieren. Wir beneiden Sie nicht darum. Denn die Gefolgschaft, die Sie jetzt haben, haben Sie nur, weil Sie dieselbe den Weg führen, den Sie damals mit uns verschmähten, den Weg des geringsten Widerstandes, den Weg aus der Unruhe in die Ruhe, aus dem Kampf zur Befriedung, aus der Buße zum Ausgleich, aus der bekennenden Haltung zur Taktik, aus der Klarheit zur Verkleisterung, aus dem Angriff in den Verzicht, aus der Kirchenwerbung zur — landeskirchlichen Front, aus der Deutschen Evangelischen Kirche zur — Territorialkirche. Sie haben jetzt die Gefolgschaft,

die Sie damals verschmähten. Und das ist auch ganz folgerichtig und aus Ihrem Frontwechsel notwendig. Sie haben eine einzigartige Fähigkeit und scheinen das für Theologie zu halten, auf jedem Ihrer verschiedenen Standorte unsere Sprache zu sprechen, aber Sie befinden sich im Irrtum, wenn Sie meinen, daß die Sprache es machen kann; Sie wissen ganz genau den Unterschied zwischen „Sprache“ und „Wort“. Sie können versichert sein, daß es eine Gemeinde gibt, die hören kann und die Ihre Sprache so gut versteht, so sehr gut, daß sie für sie nicht „Wort und Bekenntnis“ ist, sondern das genaue Gegenteil, eine weltliche Angelegenheit, ein Programm. Auch das ist folgerichtig. Denn Sie haben einen Standort gewählt, von dem aus es eben nur Programme gibt. Diese sind auswechselbar; das haben Sie in erstaunlicher Beweglichkeit bewiesen.

Als Sie mit uns brachen und zu den Deutschen Christen gingen, haben wir Sie gewarnt. Wir haben Ihnen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Gefolgschaft bei den Deutschen Christen für Sie Hörigkeit bedeute. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß Sie nicht in die Reihe derer hineingehören, die damals die Macht in unserer Kirche an sich rissen. Wir haben deutlich gesagt, daß es für Sie schlechterdings ausgeschlossen müßte, in die Reihe neuer Propste zu treten, unter denen sich der Ihnen und uns genugsam bekannte Altonaer Kollege Dürkop befand. Wir haben Ihnen in heißer Sorge auf die Seele gelegt, daß es sich an Ihnen bitter rächen würde, wenn Sie ein Amt annähmen, aus dem ein Ehrenmann in unwürdiger Weise mit Gewalt ohne jeden Grund verdrängt wurde. Aber Sie haben der deutsch-christlichen Versuchung nicht widerstanden, die darin bestand, entgegen ihrem kirchlichen Bekenntnis, entgegen Ihrem Wissen von echter Kirche die Anknüpfung zu suchen an die in unserer menschlichen Situation nach Ihrer und der Deutschen Christen Meinung aufbrechenden Möglichkeiten. Wir fragen nicht, wohin Sie jetzt geraten sind, aber wir fragen Sie, wohin Ihr Weg des geringsten Widerstandes, wohin Ihr bürgerlicher, echter Kirche welfensremder Weg die Kirche gebracht hätte, wenn wir nicht zum Widerstand bis zum äußersten entschlossen gewesen wären und all das ertragen hätten, bei dem Sie trotz ihrer besseren Erkenntnis schwiegen. Daß Sie so tun, als hätten Sie das immer gewollt, was sich jetzt durch unseren Widerstand durchsetzte, wird ihnen keiner abnehmen, dem es bei dem Kampf um die Kirche auch und nicht zum geringen Teil um wahrhaftige Sauberkeit geht.

Jetzt biegen Sie zurück in den Rettungshafen der alten Landeskirche, in den Frieden der bürgerlichen Territorialkirche mit einem „Programm“, das als „landeskirchliche Front“ peinlichst an ein Gebilde erinnert mit den drei Pfeilen, das einstmalig entstand, um den Ausbruch der Nation zu verhindern. Aber auch das ist folgerichtig und mußte so kommen.

Es hat sich gezeigt und ist offenbar, daß in dem echten Ausbruch der Nation ein echter Ausbruch der Kirche nicht hintangehalten werden konnte. Und wie sollte es auch anders sein, als daß dort, wo das Volk sich selbst ernst zu nehmen anhebt, auch die Kirche sich ernst zu nehmen anschickt! Sie haben sich denen zugesellt, die dieses sich-selbst-ernst-nehmen der Kirche nicht nur nicht begriffen, sondern sich ihm widersetzten und uns einen Altweibersommer einer verbürgerlichten Kirche bescherten mitten in der radikalen Abkehr des Volkes von aller Verbürgerlichung. Und jetzt, wo dieses letzte bürgerliche Zeitalter der Kirche kläglich ausgespielt hat, da rufen Sie die „Landeskirchliche Front“ auf den Plan. In dieses vormärzliche bürgerliche Idyll zurückzufinden ist für Ihre früheren Altonaer Freunde allerdings keine Versuchung, weder als Christmenschen noch als Volksgenossen.

Tonnesen, Gg. Christiansen, Thomsen,
Hildebrand, Thesens, Roos, Ketels.

*

Möge Gott der Herr den Kampf unserer Schleswig-Holsteiner Pfarrer und Gemeinden segnen, daß bekennnistreue Gemeinden mit bekennnistreuen Pastoren an der Spitze entstehen.

Rheinland

Nach der Neuverordnung des Reichsbischofs sind die provinzialsynodalen Verhältnisse im Rheinland sehr verworren. Nach dieser neuen Verordnung ist der vom Reichsbischof seinerzeit berufene stellvertretende Bischof D. Forsthoff sowohl in dieser als auch in allen anderen leitenden Funktionen der rheinischen Kirche unzuständig. Da seine frühere Pfarrstelle in Mühlheim inzwischen wieder besetzt ist, schwebt er völlig in der Luft.

Das rheinische Konsistorium hat in Oberkonsistorialrat Siebert einen an sich noch ordnungsmäßig bestellten führenden Juristen. Dieser hat sich aber so einseitig für die „Deutschen Christen“ eingesetzt und derartige scharfe Maßnahmen gegen die Mitglieder der Bekenntnisgemeinschaft angewendet, daß diese ein Zusammenarbeiten mit ihm für unmöglich erklärten. Hinzukommt, daß das rheinische Konsistorium der Wiederherstellung des älteren Rechts bisher keine Folge geben zu müssen meinte und die von ihm vorgenommenen Amtsenthebungen nicht zurücknahm. Man scheint dort anzunehmen, daß die Verordnungen des Reichsbischofs zur Wiederherstellung des Rechts in der Kirche der altpreussischen Union nur vorübergehende Wirkungen haben sollen, so daß nachher das deutsch-christliche Regiment sich doch wieder durchsetzen werde. Daß durch dies Verhalten das letzte Ansehen des Reichsbischofs gerade von den D.C. aufs Spiel gesetzt wird, liegt auf der Hand. An diesem Beispiel wird deutlich, daß sich die D.C.-Führer jedenfalls unter allen Umständen in den Behörden und an ihren Maßnahmen festzuhalten versuchen und die von der Rechtslage geforderten Konsequenzen nicht ziehen wollen.

Der zuständige und rechtmäßige Führer der rheinischen Kirchenprovinz wäre nach der wiederhergestellten Rechtslage an sich der frühere Präses D. Dr. Schäfer-Remscheid. Dieser sieht sich jedoch nicht in der Lage, die Aufgaben des Präsesamtes wahrzunehmen. Gegen ihn wird zudem geltend gemacht, daß er, abgesehen von seiner Zugehörigkeit zu den „Deutschen Christen“, im Verlaufe des Kirchenkampfes die Rechte und Pflichten eines Präses der rheinischen Provinzialsynode nicht wahrgenommen habe, wie er auf Grund der rheinischen Kirchenprovinz verpflichtet gewesen wäre. Ebenso hat der im August 1933 gewählte Provinzialkirchenrat die Rechtsbeugung nicht abgewehrt und den Artikel 161 der Verfassungsurkunde nicht beachtet. Außerdem liegen gegen den Provinzialkirchenrat und sämtliche Ausschüsse der Provinzialsynode des Jahres 1933 seit damals Wahlbescherden beim Kirchenrat vor, die bis heute nicht erledigt sind. Arbeitsfähig sind also diese Organe der rheinischen Kirche nicht.

An sämtliche Mitglieder der derzeitigen kirchenregimentlichen Stellen im Rheinland ist nun vonseiten der Bekenntnisgemeinschaft der Rheinprovinz die Anfrage ergangen, ob sie sich dem vorläufigen Kirchenregiment der D.C. (D. Marahrens usw.) unterstellen wollen. Die Antwort steht aus. Inzwischen wächst, wie oben bemerkt, jedoch die Anschlußbewegung von Seiten der Gemeinden unaufhaltsam

*

Elberfeld

Ueber die Vorgänge in Elberfeld geht uns folgender Bericht zu:

„Das Bekenntnis-Presbyterium der reformierten Gemeinde Elberfeld hatte in seiner Sitzung vom 27. November 1934 beschlossen, gemäß der Dahlemer Botschaft der Bekenntnis-Synode die zu ihm gehörenden Pastoren D. Hesse, Lesser und Bonn aus dem Turnus mit den übrigen Predigern, die sich der Bekenntnis-Synode nicht haben unterstellen wollen, herauszuziehen und ihnen in Gemeinschaft mit Pastor Lic. H. Klugliff Hesse, einen besonderen Turnus zum Halten der Gottesdienste für die Gemeinden anzuweisen. Es erwies sich deswegen als nötig, die alte reformierte Kirche, die den ganzen Sommer ungenutzt stand wegen Umbau der Orgel, als Predigtstätte für die Bekenntnis-Gemeinde und die Bekenntnispastoren

heranzuziehen. Das war möglich, weil ein Konzert des reformierten Gesangvereins dort schon hatte stattfinden können. Der Bekenntnisgemeinde ward also am Sonntag, dem 26. November die Mitteilung, daß sie sich am 1. Advent wie bei der alten Kirche sammeln und sich mit den Unbequemlichkeiten, die vielleicht entstehen würden durch die für den Orgelumbau notwendigen Risten und Kästen, fröhlich abfinden sollten.

Von der Benutzbarkeit der Kirche hatten sich Mitglieder des Bekenntnis-Presbyteriums eine Woche zuvor überzeugt. Wir ließen uns auch nicht irremachen durch ausgesprochene Drohungen, nur mit Brecheisen würde es uns gelingen, in die Kirche hineinzukommen und trafen alle notwendigen Vorbereitungen. Die Zeitungen riefen dauernd an, ob der Gottesdienst stattfinden würde, worauf immer ein promptes Ja von uns erfolgte. Am Sonnabend vor dem 1. Advent wurde dem Präses, Pastor Lic. Klugliff Hesse, mitgeteilt, daß verdächtige Männer sich an den Schlössern der Alten Kirche zu schaffen machten. Weiter wurde mitgeteilt, daß ein Polizist in die Alte Kirche gekommen sei und erklärt habe, die Kirche würde abends polizeilich geschlossen. Daraufhin begab sich unser Kirchmeister Adolf Paul Müller auf das Polizeipräsidium und zog Erkundigungen ein, um zu hören, daß die Polizei von sich aus keinen Anlaß habe, der Bekenntnis-Gemeinde das Betreten der Kirche zu untersagen oder sie daran zu hindern, wenn alles in Ruhe und Ordnung vor sich gehe. Für Ruhe und Ordnung aber glaubten wir sorgen zu können, zumal wir auch die Schlüssel zur Kirche in Händen hatten und sie so ordnungsmäßig öffnen konnten. Freilich machte die Baupolizei mittags Schwierigkeiten, konnte aber von sich aus keine Anordnungen treffen, die uns irgendwie hinderlich waren.

Nachmittags um vier Uhr versammelte sich das Bekenntnis-Presbyterium in der Alten Kirche selbst, um noch die letzten Vorbereitungen zu treffen. Der Präses sah am Eingang den den Bevollmächtigten hörigen Baumeister Friede mit einigen Schloßern an der Haupttüre beschäftigt. Auf das barsche Wort des Baumeisters an den Präses gab dieser keine Antwort. Freilich bot jetzt die Kirche selbst ein trostloses Bild. Die Bänke, die wegen der Risten für die Orgel vor Wochen hinausgestellt und in einem Saal besonders untergestellt waren, waren jetzt kreuz und quer und wüßte über die übrigen Bänke geschleubert, mit der ganz klaren Absicht, nur dadurch die Benutzung der Kirche unmöglich zu machen. Kein Wunder, daß die Baupolizei sich daran gestoßen hatte! Während die Presbyter die Lage besprachen, wurde gemeldet, daß an der Haupttür ein Riegel angebracht würde. Der Präses und ein Ältester begaben sich zu dem Baumeister und untersagten ihm, andere Schloßer als die ordnungsmäßigen an der Tür anzubringen. Der Baumeister gab erregte Antworten und erklärte, er hätte mit dem Kirchenstreit nichts zu tun. Er vollführe nur den Auftrag seiner Auftraggeber. Auf die Vorhaltung, daß diese Auftraggeber vollständig unrechtmäßig die Gemeinde tyrannisierten, gab er ungehaltene und ausfällige Antworten. Als ihm später Dr. Mensing, der wegen einer anderen Angelegenheit in die Kirche kam, zur Rede stellte, und ihn von seinem Tun abmahnte, erklärte er, Dr. Mensing möchte sich die religiösen Reden sparen oder dieselben an Pastor Lic. Klugliff Hesse richten. Die Presbyter wurden daraufhin Zeugen, daß sämtliche Türen verbarriadiert wurden, und zwar mit 50 Zentimeter langen und 6 Zentimeter breiten Eisenstangen und Patenthängeschloßern.

Die Presbyter standen jetzt vor der Frage, ob sie sich einschließen, und alsdann die Nacht in der Kirche durchwachen und anderen Morgens die Schloßer abschrauben sollten und so Gewalt gegen Gewalt setzen, oder ob sie die Gemeinde lieber veranlassen sollten, am 1. Advent ruhig wieder ins Vereinshaus zu gehen. Diesem letzteren Weg stimmten die meisten zu. Nach einem zweieinhalbstündigen Aufenthalt in der Kirche und nach einem Gebet durch den Präses verließen die Presbyter die Kirche. Außen waren, nicht von der Baupolizei, sondern von den

Beauftragten der Gemeinde an die Türen der Kirche Plakate angeheftet: „Baustelle. Zutritt verboten.“ Die letzten Schlüssel der Patentschlösser wurden nicht dem Rüster, sondern dem Bevollmächtigten Hoegen von dem Baumeister ausgeliefert, sobald der Rüster nicht imstande war, Advent einzuläuten.

Am anderen Morgen strömten die Kirchenbesucher zu ihrem alten Gotteshaus, mußten sich aber von den Ältesten mitteilen lassen, daß die Kirche von dem Bevollmächtigten von innen verbarrikadiert wäre. Das Vereinshaus war im Nu überfüllt. Dort predigte Pastor Lic Klugfist Hesse. Der große Saal des Jugendhauses mußte hinzugenommen werden, wo Pastor Lesser die Predigt hielt.

So wurde der rechtmäßigen bekennenden Gemeinde in Elberfeld durch die Bevollmächtigten ihr Gotteshaus verschlossen. Pastor Lic. Klugfist Hesse teilte der Gemeinde mit, daß dieser unerhörte Vorgang nur eine einzige Parallele in der Geschichte der Gemeinde habe. Als die Jesuiten in das Wuppertal einbrachen, 1629, haben sie sich der Alten Kirche auch bemächtigt, sie von innen verbarrikadiert und die Gemeinde ausgeschlossen. Eineinhalb Jahr hat damals die Herrschaft der Tyrannen gewährt, bis die Gemeinde ihren Psalm wieder anstimmen konnte:

Wenn Gott heraus will führen
und zu dem Kerker spricht,
dann brechen eh'rne Türen,
der stärkste Riegel bricht.“

Elberfeld, den 3. Dez. 1934.

*

Berlin — Brandenburg

Der Reichsbischof hält Friedensreden, der Reichsleiter der D.C. ruft die Pfarrer zum Frieden auf. So soll der Frieden aussehen:

Der Gemeindefkirchenrat der Evangelischen Kirchengemeinde, Berlin-Tempelhof, den 6. Dez. 1934. Kaiserin-Augusta-Straße 23. Fernruf: G 5 Sübring 3504, 3937.

An die Leiter, Verbände und verantwortlichen Führer der kirchlichen Vereine, Bünde und Gruppen innerhalb unserer Kirchengemeinde.

Herrn Pfarrer Seeberger, Berlin-Tempelhof.

Betrifft: Frauenhilfe I.

Der Gemeindefkirchenrat hat in seiner Sitzung vom gestrigen Tage die Anwendung der Bekanntmachung des Herrn Reichsbischofs vom 27. November 1934 (Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche Teil 1 Nr. 70 221) auf unsere Gemeinde beschlossen, in der es zum Schluß heißt: „Auf Grund der Reichskirchenverfassung vom 2. Juli 1933 verbiete ich allen Pfarrern und Beamten der Kirche, sich jenem verfassungswidrigen „vorläufigen Kirchenregiment“ zu unterstellen.“ Infolgedessen können in unseren Gebäuden solchen kirchlichen Vereinen, Bünden usw. Räume künftig nicht mehr zur Verfügung gestellt werden, deren Leiter, Vorstände oder Mitglieder nicht rückhaltlos hinter der Reichskirchenregierung der Deutschen Evangelischen Kirche unter Führung des Reichsbischofs Ludwig Müller stehen und in deren Reihen Mitglieder geduldet werden, die sich der Bekenntnisfront angeschlossen haben. Ich bitte daher, an den Gemeindefkirchenrat eine ehrenwörtliche Erklärung des Inhalts zu geben, daß

1. die Leiter und Vorstandsmitglieder Ihres Vereins rückhaltlos hinter der Reichskirchenregierung der Deutschen Evangelischen Kirche unter Führung des Reichsbischofs Ludwig Müller stehen, und daß
2. der Vorstand in den Reihen des Vereins keine Mitglieder dulden oder als Gäste an den Veranstaltungen teilnehmen lassen wird, die sich der Bekenntnisfront angeschlossen haben.

Bis zum Eingehen dieser Erklärung bedaure ich Anweisung erteilen zu müssen, daß irgendwelche Zusammenkünfte oder Pro-

ben zu Festlichkeiten und dergleichen in unseren Häusern nicht mehr gestattet werden.

Heil Hitler!

gez. Pfeiffer, geschäftsf. Pfarrer.

*

Oberkonsistorialrat Edert, ehemals Pfarrer in Schwachwalbe i. d. Neumark, hat in einer Amtswaltertagung und in einer Frauenschaftstagung in Arnswalbe Angriffe gegen die Pfarrer und den Superintendenten des Kirchenkreises Arnswalbe gerichtet, in denen die Pfarrer als Lumpen, schwarze Gesellen und Landesverräter bezeichnet wurden. Die Pfarrerschaft des Kirchenkreises hat darauf am Sonntag eine Erklärung den Gemeinden bekanntgegeben, in der diese Beleidigungen zurückgewiesen wurden. Am Montag erschienen dann in mehreren Pfarrhäusern die Landjäger, um die Pfarrer dieser Erklärung wegen zu vernehmen. 8 Tage später wurden die Pfarrer auf das Landratsamt vorgeladen, um sich „in der Angelegenheit des evangelischen Kirchenkreises“ verantwortlich zu äußern. Da der Landrat zufällig Urlaub hatte, sollte die Vernehmung durch den Oberkonsistorialrat Edert stattfinden. Der Oberkonsistorialrat Edert sollte also die Pfarrer in einer Angelegenheit vernehmen, in der er selbst Partei war. Da er zur Vertretung des Landrats gar nicht berechtigt war, haben die Pfarrer eine Vernehmung durch ihn abgelehnt.

Ein Brief an Dr. Kinder

den 27. 9. 1934.

Herrn Vizepräsident Dr. Kinder, Berlin.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Mit verbindlichstem Dank bestätige ich den Empfang Ihres Rundschreibens und begrüße die von Ihnen freundlichst gebotene Möglichkeit, Ihnen zu antworten. Auf das Grundsätzliche Ihrer Ausführungen will ich nicht eingehen, da ich annehme, daß man von anderer Seite in ausgiebiger Weise Ihnen darauf antworten wird. Ich benutze die Gelegenheit, Ihnen etwas über

die Leiden eines Notbundpfarrers

zu berichten, wobei ich ausdrücklich betone, daß ich das Folgende bis ins Einzelne belegen und beweisen kann.

Ich bin alter völkischer Kämpfer seit 1907 und gehörte nach der Revolution von 1918 der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung an, der ja auch viele heutige Führer der NSDAP, wie z. B. Rube, Graf Reventlow u. a. entstammen. Im Jahre 1924 habe ich in Pommern schon für Adolf Hitler gekämpft. Während der marxistischen Zeit warf man mir immer vor, daß meine Predigten zu politisch seien, weil ich manches offene Wort gewagt habe. So erinnere ich mich noch an meine Predigt am 10jährigen Verfassungstag 2. August 1929, wo ich in der überfüllten Kirche u. a. folgendes sagte:

„Jesus sah die Stadt an und weinte über sie. Wir sehen unser deutsches Volk an, einst hoch in Ehren, jetzt tief in Schmach, einst stark und mächtig, jetzt elend und hilflos, ist das nicht zum Weinen? Man feiert heute mit großem Aufwand den Tag der Verfassung. In allen Synagogen Deutschlands werden besondere Festlichkeiten veranstaltet. Mit Recht, denn nie hat das internationale Judentum solche Triumpfe gefeiert, wie in diesem Deutschland, dies Judentum, das deutscher Art und deutschem Wesen so grundentgegengesetzt ist. Und sollte Rom sich nicht dieses Tages freuen, Rom, das in diesem Deutschland alle seine Wünsche erfüllt sieht, Rom das heute Triumph ist, Rom auf der Höhe seiner Macht im Lande der Reformation, und dies Land der Reformation die geknechtete, ausgelegene Kolonie — ist das nicht zum Weinen.“

Ueber meine völkische Einstellung kann daher nicht der geringste Zweifel bestehen.

Den Deutschen Christen konnte ich außer andern grundsätzlichen Erwägungen auch deshalb nicht beitreten, weil sie sich hier in T. nicht gerade in einem Lichte zeigten, das mich

anzuloden imstande war. Nach Einsetzung des staatlichen Kommissars für die evangelische Kirche Preußens wurde ich eines Tages verhaftet, unter dreifacher Bedeckung (ein Kriminalbeamter und zwei Kirchenvertreter der Deutschen Christen) dem Konsistorium vorgeführt und von Herrn E. zum ersten Male in meinem Leben vom Amt suspendiert, und zwar wegen einer Predigt, die m. E. absolut nichts Schreckliches enthält. Sie liegt hier bei.

Nach Rückziehung des staatlichen Kommissars wurde jene Verfügung wieder zurückgenommen. Ueber den Wahlkampf zum 23. Juli 1933 will ich mich nicht weiter auslassen, gesagt sei nur, daß er in außerordentlich demagogischer Weise geführt und insbesondere gegen meine Person die schwersten Verdächtigungen und Verleumdungen in den Versammlungen ausgesprochen wurden. Als ich den Haupttäter A., den Fraktionsführer der Deutschen Christen, deshalb gerichtlich belangen wollte, gab er eine de- und wehmütige Erklärung zu Protokoll, um später seine Behauptungen von neuem aufzustellen. Sogleich nach der Wahl schrieb ich einen versöhnlichen Artikel an die hiesige T.-dorfer Zeitung, worin ich betonte, daß nun der Kampf beendet und wir gemeinsam an die Arbeit in der Gemeinde gehen müßten. Der Redakteur versprach mir, den Artikel aufzunehmen, wurde aber von A. und Gen. durch Drohungen daran verhindert, statt dessen erschien in der Zeitung ein Artikel von A. mit etwa folgendem Eingang:

„Herr Pfarrer B. hat an die Neue T. . . Zeitung einen versöhnlichen Artikel eingereicht, in dem er den Deutschen Christen sogar die herzlichsten völkisch-nationalen Sympathien ausspricht. Dem Redakteur erschien jedoch diese Wandlung des Herrn zu plögllich und er hat daher die Aufnahme des Artikels abgelehnt.“

Dann erfolgten in dem Artikel weitere unerhörte Verdächtigungen. Die Gemeinde wurde aufgefordert, „die sogenannten Gottesdienste dieses Herrn nicht mehr zu besuchen und ihn jeder Amtshandlung für unwürdig zu erklären usw.“

Daß ich wieder im Amt war, konnten die Deutschen Christen nicht ertragen, insbesondere Pfarrer T., der mir übrigens allein verbankt, daß er nach B. gekommen ist, erklärte, er verpfände sein Wort dafür, daß ich aus T. fort müßte. So benutzte man meine Urlaubsabwesenheit im August 1933, um mich beim Konsistorium wegen allerhand Verbrechen zu denunzieren. Der Gemeindefkirchenrat behauptete u. a., ich hätte Kohlen entwendet, Pfarrer Pf. zieh mich sogar der schweren Urkundenfälschung. Außerdem brachte man Verfehlungen vor, die ich vor 27 Jahren in meiner pommerschen Heimat begangen haben sollte, bezeugt von einem damals 13jährigen Knaben aus einer Nachbargemeinde. Das Konsistorium suspendierte mich darauf zum zweiten Male vom Amt, schickte einen Konsistorialrat in Pommern herum und brauchte 3 Monate, um festzustellen, daß alle Anschuldigungen von Anfang bis zu Ende grundlos waren und nicht der Schatten eines Vorwurfs auf mir blieb. Am 1. Dezember 1933 konnte ich mein Amt wieder aufnehmen. Daß ich immer die bestbesuchten Gottesdienste hatte, war den Deutschen Christen unerträglich. Man schickte Spitzel, um irgendeinen Grund zu finden, mich von neuem zu denunzieren. Wiederholt mußte ich meine Predigten dem Konsistorium einreichen, ohne daß man dort etwas zu monieren fand. Plögllich wurde ich mit Verfügung vom 14. März zum 1. April d. J. ohne Angabe irgendwelcher Gründe in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Pfarrer Pf. äußerte sich mir gegenüber, diesmal seien es nicht kirchenpolitische, sondern staatspolitische Gründe, die zu meiner erneuten Maßregelung geführt hätten. Ich hätte im Januar einen mich schwer kompromittierenden Brief an die Kaiserin Hermine geschrieben, der von der Geh. Staatspolizei abgefangen und nie nach Doorn gelangt sei. Ich stellte fest, daß das alles nicht stimmte, meinen letzten Brief hatte ich am 1. Juli 1933 geschrieben, der auch in Doorn angekommen war. Von diesem Brief bewahrte ich einen handschriftlichen Entwurf in meinem

Altkenshrant auf, der aber seit Januar d. J. verschwunden war. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar fand ein Einbruchdiebstahl in meinem Hause statt, bei dem Türen und Schränke gewaltsam aufgebrochen wurden. Geld und Silber war nicht entwendet, auch sonst nichts, nur das betreffende Schriftstück fehlt seitdem. Uebrigens hatte der Brief mit Politik gar nichts zu tun, sondern; unter dem unmittelbaren Eindruck meiner ersten Suspension geschrieben, verbreitete er sich nur über kirchliche Verhältnisse. Diesen Brief haben die Deutschen Christen vervielfältigen lassen und an alle möglichen kirchlichen und staatlichen Regierungsstellen geschickt, weil sie hofften, mir dadurch zu schaden.

Wir alle in gleicher Lage befindlichen Notbundpfarrer habe ich die Rechtmäßigkeit meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nicht anerkannt und bin dagegen klagbar geworden, in erster Instanz ist das (hier beigelegte) obliegende Urteil erzielt worden. Ich mache dabei noch besonders aufmerksam auf die Feststellung des Gerichts, daß in staatspolitischer Hinsicht nichts Belastendes gegen mich vorgebracht werden konnte.

Am 1. Juli d. J. beabsichtigte ich mit meiner Frau einen langgehegten Reiseplan zu verwirklichen und in die Dolomiten zu gehen, wozu ich mir die notwendigen Einzelpässe besorgte. Am 30. 6. erfolgte darauf Anzeige der Deutschen Christen, gezeichnet D., bei der Staatspolizei mit folgendem Inhalt: „Pfarrer B. ist ein gefährlicher Staatsfeind und finsterner Reaktionsär. Er steht im ständigen Briefwechsel mit Doorn und hat Beziehung zu höchsten Regierungsstellen. Er ist in die Verschwörung Röhms verwickelt, fürchtet seine Verhaftung und hat sich Einzelpässe besorgt, um zu fliehen, seine Frau nach Italien, er selbst nach Holland.“ In der Nacht zum 1. Juli um 12 erschien die Staatspolizei in Begleitung der Deutschen Christen A., D. und ein anderer, durchsuchte meine Wohnung und erklärte mich für verhaftet. Ich wurde ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz geführt, wobei die drei Deutschen Christen im Auto mitfuhren. Bis Montag mittag, den 2. Juli wurde ich im Polizeigeängnis behalten und entlassen, nachdem die völlige Grundlosigkeit meiner Verhaftung sich herausgestellt hatte. Daß die ganze Sache in der Fraktion der D.C. abgekartet war, geht aus einer Aeußerung meines gegnerischen Anwalts im Prozeß hervor, daß er vor einem solchen Schritt gewarnt habe. Pfarrer M. hat am 30. Juni erklärt: „Heute wird Pfarrer B. verhaftet, wenn er es nicht schon ist.“ Und auf die Frage: „Warum denn?“ antwortete er: „Das hängt mit der Röhms-Revolution zusammen.“

Da mir Kirche und Gemeindehaus verwehrt ist, halte ich, um den großen zu mir haltenden Kreis nicht verwaissen zu lassen, Gottesdienste in Gasthausfälen, muß es jedoch erleben, daß mir ein Saal nach dem andern durch Bedrohung der Wirte abgetrieben wird. Pfarrer T. hat in einer Versammlung der D.C. erklärt: „Da finden sog. Gottesdienste im Eisenbahnerkasino statt. Ihr wißt jetzt, was Ihr zu tun habt. Seht Euch den Weg nur heute schon an, damit Ihr ihn auch findet.“

Daß unter solchen Umständen die D.C. hier mehr und mehr Anhänger verlieren, daß von Volksmission gar keine Rede sein kann und die offiziellen Kirchen eine erschreckende Leere zeigen, während meine Saalgottesdienste immer bis auf den letzten Platz besetzt sind, kann nicht verwundern. Erst müssen einmal die klaren Gebote der Sittlichkeit und des Anstandes von den D.C. selbst beachtet werden, ehe sie Autorität verlangen. Es erregt auch Anstoß in der Gemeinde, daß der Fraktionsvorsitzende bis heute der F. A. ist, der als kleiner Bankbeamter im Dezember oder Januar d. J. aus seiner Stellung bei der Berliner Stadtbank durch den Staatskommissar L. wegen

- a) völligem Mangel an Disziplin,
- b) Unkollegialität,
- c) Unsittlichkeit

fristlos entlassen worden ist. Und dieser Mann ist der Verbindungsmann des Gemeindefkirchenrats zur ev. Jugend, hält in der Kirche Ansprachen an die Eingeseigneten und begrüßt im Gottesdienst den neuen Pfarrer, den man in meine Stelle ein-

geführt hat, obwohl nach dem klaren Gerichtsurteil diese Stelle gar nicht frei ist.

Wie soll unter solchen Umständen Friede in der Gemeinde werden?

Mit deutschem Gruß und Hitlerheil
Ihr sehr ergebener gez. B.

Provinz Sachsen

In der Provinz Sachsen scheinen sich die ersten Auswirkungen der Anordnungen des D.C. - Gauleiters Halle-Merseburg zu zeigen. In St. Kilian werden die Glieder der Bekenntniskirche mit Parteausschluß bedroht. Darüber unterrichten folgende Schriftstücke: Telegramm St. Kilian, den 5. 12. 1934, an das Reichsinnenministerium, Berlin. „Parteileitung bedroht Bekenntniskirchler mit Diffamierung und Parteausschluß. Sofort eingreifen, sonst drohende Entscheidung gegen Partei. Pfarrer Rinneberg, St. Kilian.“

Ein Schreiben gleichen Datums:

„Im Nachgang zu meinem Telegramm am heutigen Tage teile ich mit, daß in der Tagung des Organisationsabschnittes 7 (Kreis Schleusingen, Suhl, Schmalfalben) für Erlau, Breitenbach und St. Kilian Herr Kreisorganisationsleiter Lemm die Forderung einer eidesstattlichen Versicherung angekündigt hat, wonach kein Parteigenosse gegen Reichsbischof Müller Stellung nehmen dürfe, da das identisch sei mit Stellungnahme gegen den Führer. Die Verweigerung der Unterschrift wurde mit Parteausschluß bedroht.“

Die Bekenntniskirchen — ob Parteigenossen oder nicht — sind in schwersten Gewissenskonflikt gebracht. Sie wollen in Treue zu ihrem dem Führer gegebenen Ja stehen. Sie wissen sich aber ebenso als treue Christen in ihrer gewissenmäßigen kirchlichen Entscheidung durch Bibel und Bekenntnis gebunden. Um unsere Volksgenossen aus dieser Not zu nehmen, und andererseits eine nicht durch die tatsächliche Lage gerechtfertigte Belastung der Partei abzuwenden, erbitte ich dringend sofortiges Eingreifen. Heil Hitler! gez. Friedrich Rinneberg, Pfarrer.

Die eidesstattliche Versicherung, die zunächst in der Fassung schärfer gewesen sein soll, hatte folgenden Wortlaut:

„In den letzten Tagen des November 1934 wurde im Kirchspiel St. Kilian die Botschaft der Bekenntnissynode der D.C. als Flugblatt verteilt. In dieser Botschaft wird im Absatz III/3 zum Ungehorsam gegen von Adolf Hitler eingesetzte Organe der Kirche aufgefordert. An der Verbreitung der Flugblätter sollen Parteigenossen beteiligt sein.“

Wir versichern, nachdem wir auf die Bedeutung einer eidesstattlichen und die Folgen einer vorläufigen oder falsch abgegebenen eidesstattlichen Versicherung ausdrücklich hingewiesen sind, uns an einer Verbreitung des Flugblattes nicht beteiligt zu haben. Wir versichern ferner, uns an nichts zu beteiligen, was nach Untergrabung der NSDAP. und ihres Führers aussehen könnte.“ St. Kilian, den 6. Dezember 1934.

Von verantwortlichen Mitgliedern der Partei in St. Kilian wird darauf hingewiesen, daß nach dem 13. Januar endgültig durchgegriffen werde. Der Vikar, SA-Mann, wurde von den Parteigenossen gewarnt, ein 30. Juni sei für die Notbundpastoren mit Tag und schwarzer Liste schon festgesetzt.

Ev. Kirchen des Auslandes

Zwischen der Anglikanischen Kirche und der Lutherischen Kirche in Finnland ist lt. Bericht der Finnischen Tageszeitungen ein Vertrag abgeschlossen worden, der enge Beziehungen zwischen den Kirchen beider Völker herstellt. Der Vertrag soll die seelsorgerliche Betreuung der Angehörigen der einen Kirche durch die Geistlichen der anderen Kirche sicherstellen und insbesondere eine Abendmahlsgemeinschaft enthalten. Unklar ist, ob der fin-

nische Episkopat durch die Anglikanische Kirche anerkannt worden ist. Für die Missionstätigkeit Finlands scheint der Vertrag besonders bedeutungsvoll zu sein. Es scheint eine enge Zusammenarbeit zwischen der Anglikanischen und der Finnischen Missionsgesellschaft vereinbart worden zu sein, die den Schwerpunkt der finnländischen Missionsarbeit nach London verlegt.

Da die estländische lutherische Kirche ihre Missionsinteressen schon früher der finnischen Missionsgesellschaft übertragen hat, rückt damit auch der Mittelpunkt der estländischen Missionsarbeit nach England. Darüber hinaus scheinen in Estland Bestrebungen vorhanden zu sein, einen ähnlichen Vertrag wie Finnland mit der anglikanischen Kirche zu schließen.

Der finnisch-anglikanische Vertrag bedeutet einen neuen Verlust für das deutsche Kirchenwesen. Es ist sehr bedauerlich, daß selbst ein bisher so ausgesprochen deutschfreundliches Land wie Finnland zu solchen Schritten übergeht, die nur daraus erklärt werden können, daß man dort angesichts der kirchlichen Zustände in Deutschland den evangelischen Kirchen im Lande der Reformation keine Bedeutung mehr beimessen zu sollen glaubt.

Die Deutschen Christen über ihre Arbeit

Das „Evangelium im Dritten Reich“ bringt in Nr. 49 vom 9. Dezember in einem Artikel: „Was sind die Deutschen Christen“ folgende Ausführungen:

„Die ganze Fülle der Fragen, die wir — und nur wir — lösen müssen, läßt sich nach zwei Stichworten ordnen: Als evangelische Nationalsozialisten mußten wir dafür sorgen, daß eine einige deutsche evangelische Kirche mitten ins nationalsozialistische Volk hineingestellt, kraftvoll und einmütig im Dritten Reich stand, ein unerschütterlicher Wall.“

Als nationalsozialistische Christen müssen zweitens wir, getrieben von dem unmittelbaren Befehl Gottes, dem wir uns nie und nimmer entziehen können, alle unsere Kraft, wenn es sein muß, unter den größten Opfern, dafür einsetzen, daß Christus als Heiland von unseren nationalsozialistischen Kampfgenossen, von der nationalsozialistischen Jugend anerkannt wird. Um diese beiden Aufgaben geht es.“

Im folgenden gibt der Verfasser des Artikels selbst zu, daß für diese beiden Aufgaben noch nicht einmal die Grundvoraussetzungen geschaffen worden sind. Dann spricht er von der Treue der D.C. zu dem Reichsbischof. Hoffentlich wird Ludwig Müller von ihnen in späteren Zeiten nicht ebenso schnell vergessen und verleugnet wie der Rechtswalter Jäger.

In der genannten Zeitschrift heißt es dann weiter:

„In dies Gebiet gehören die Wahlen (gemeint ist das Gebiet, das die Deutschen Christen in der vergangenen Zeit im Zuge des Ringens um eine D.C. in Angriff genommen haben), der Kampf in den Kirchenbehörden, die Übernahme verantwortlicher Arbeit durch Männer unseres Vertrauens. Wer nicht mitten drin steckt in den Dingen, ahnt ja nicht, welche Kraft wir nun über 1½ Jahren eingesetzt haben, um immer wieder gegen alle Angriffe den Reichsbischof, den Mann, den uns unser Führer gewiesen hatte, zu deden, zu halten, mit unserem Glauben und unserem Vertrauen zu halten und zu stärken. Und was vom Reichsbischof gilt, gilt von jenen prächtigen Männern, die als Landesbischöfe bei aller persönlichen Qualifikation ihr schweres Amt getragen haben und tragen, vor allem auf eine Kraft gestützt: das Vertrauen der von den Deutschen Christen aufgerufenen evangelischen Nationalsozialisten.“

Es ist ungemein wichtig, daß wir diese Sätze des „Evangeliums im Dritten Reich“, der maßgebenden Zeitschrift der D.C. nicht vergessen. Auch Beyer-Braunschweig war Landesbischof der D. C.

Kurz-Mitteilungen.

Vom 26. bis 28. d. M. fand in Königsberg der ostpreussische Kirchentag statt, der von der Bekenntnisbewegung veranstaltet worden war. Im Rundfunk und in den Zeitungen war bekanntgegeben worden, daß der amtliche ostpreussische Kirchentag auf Mitte Januar verschoben worden sei. Trotzdem waren die drei Königsberger Kirchen bei den Bekenntnisgottesdiensten überfüllt und die Kundgebung derartig stark besucht, daß der größte Saal der Stadt, die Stadthalle, die Besucher nicht alle fassen konnte und noch zwei Kirchen zur Hilfe genommen werden mußten. Es sprachen auf der Kundgebung Lic. Frör und Pfarrer Kühner aus Löben.

Die Pfarrer des Kirchenkreises Danziger Höhe (Danzig) haben sich mit Ausnahme eines Pfarrers auf folgende Vereinbarung geeinigt: „Wir Pfarrer des Kirchenkreises Danziger-Höhe haben vor Monaten unsere sämtlichen kirchenpolitischen Bindungen gelöst und sind bei den Deutschen Christen und dem Pfarrernotbund ausgetreten, um zwischen den Fronten brüderlichen Frieden zu halten, untereinander sowie in Gemeinde und Kirchenkreis. Wir erklären heute, daß wir — zunächst ohne organisatorische Bindung — uns in die Bekenntnisfront einreihen, uns für dieselben Ziele wie sie einsetzen und ihren Kampf um die wahre evangelische Kirche zu dem unseren machen. Wir fühlen uns hierbei geleitet auch gerade durch unsere Liebe und Treue zum Dritten Reich, dem wir eine einige wahre evangelische Kirche schaffen wollen.“ Danzig, den 26. November 1934. Unterschriften.

Die Verhandlungen des Landesbruderrates mit dem Landesbischof der Landeskirche in Sachsen haben bisher noch zu keinem Abschluß geführt, da der Landesbischof erklärt hat, daß er nicht zurücktreten könne, weil dann vielleicht die Partei zum Kampfe gegen die Kirche aufrufen und mit Kirchenaustritten antworten werde. —

In einem Orte in Sachsen erschienen bei einer geschlossenen kirchlichen Männerversammlung zwei uniformierte Gendarmen, die erklärten, sie kämen im Auftrage der Amtshauptmannschaft mit der Weisung, die Versammlung auflösen zu müssen, wenn ein „politisches“ Wort falle. Die Versammlung brauchte nicht aufgelöst zu werden. Die Gendarmen sangen die Bekenntnislieder mit und beteten auch das Vaterunser mit.

Reichswikar D. Engelke hat die Leitung des Rauhen Hauses niedergelegt. Er ist jetzt ganz in den Dienst der Reichskirche übergetreten. In einem Aufruf des Rauhen Hauses heißt es: „Das Rauhe Haus tut seine Arbeit nach wie vor im Geiste Joh. Hinrich Wicherns und steht fest auf dem Boden des Evangeliums und der reformatorischen Bekenntnisse.“

Superintendent Krebs aus Zwickau hat in einer D.C.-Versammlung ausbrüchlich erklärt, daß man zu einem Notbundpfarrer nicht in die Kirche zu gehen brauche. Er hat allen Kirchengemeindevetretern der Zwickauer Ephorie folgenden Revers vorgelegt: „Ich verurteile als Volksgenosse des Dritten Reiches und als Christ alles ungehorsame Verhalten in Staat und Kirche. Als Kirchengemeindevetreter weiß ich mich gebunden an meine Verpflichtungen der Kirchengemeinde und Landeskirche gegenüber und stehe nach wie vor dienstbereit hinter der gesetzmäßigen Landeskirchenregierung und ihrem Landesbischof Koch.“ Zwickau, den 2. Dezember 1934.

In Zschodden, Kirchenkreis Zwickau, soll einer der Kirchenvorsteher erklärt haben, daß nur die Mitglieder des Kirchenvorstandes, die den Revers des Superintendenten Krebs unterschrieben haben, den rechtmäßigen Kirchenvorstand bildeten. Die anderen Kirchenvorsteher hätten im Kirchenvorstand nichts mehr zu sagen. — Welch ein Kirchenbegriff mag hier wohl zugrunde liegen?

Am 10. 12. sollte nachmittags in Zschodden um 5 Uhr ein Gottesdienst stattfinden, in dem ein bekennnistreuer Vikar predigen sollte. Schon um 3.45 Uhr hatten die deutsch-christlichen Kirchenvorsteher und Mitglieder der Ortsgruppe der Partei alle Zugänge zur Kirche besetzt. Der Vikar und der Pfarrer, die in

die Sakristei hinein wollten, wurden in brüster Weise zurückgewiesen und beschimpft: „Wir lassen keine Notbundpfarrer in die Kirche“. Das Ueberfallkommando, das gerufen worden war, erklärte sich außerstande, eingreifen zu können, da es die Sachlage nicht übersehen konnte. Im Gasthof fand dann unter polizeilichem Saalschutz ein erhebender Bekenntnisgottesdienst statt. Das Ergebnis dieses Tages: Die Bekenntnisgemeinschaft in Zschodden ist ständig im Wachsen. Ein Bruderrat wird die Geschäfte der Kirchengemeinde ordnen.

Wie wir erfahren, wohnen die „Wenden“, die am 23. 9. 34 beim Abschluß der Reichstagung der D.C. vor dem Berliner Dom in ihrer kleidsamen Tracht den Reichsbischof begrüßten, in Dresden. Sie tragen diese Tracht nur noch bei öffentlichen Schaustellungen.

Der Landesbischof von Thüringen wendet sich in einem Aufruf an alle Pfarrämter und verbietet ihnen, unserem Aufruf vom 23. November Folge zu leisten.

Am Totensonntag, dem 25. November, versuchte man in Zwickau ein größere Versammlung der Bekenntnisgemeinde dadurch zu stören, daß zwei Steine in den Saal geworfen und dabei einige Fensterscheiben zertrümmert wurden. Während der dadurch entstandenen Unruhe wurden von der Galerie des Saales Stinkbomben geworfen. Eine Wiederholung solcher Vorkommnisse fand ebenfalls in Zwickau am 5. Dezember statt. Dort verschloß man „Knallforke“, schaltete das Licht aus, rief: „Feuer, Feuer!“ und warf Stinkbomben. — Die Bekenntnisgemeinschaft ist in den letzten Tagen in Zwickau stark angewachsen.

In Härtensdorf wollte der deutsch-christliche Superintendent Krebs aus Zwickau dem dortigen Bekenntnispfarrer die Kirche sperren. Als die Bauern dies hörten, verließen sie sofort ihre Arbeit und gingen vom Pflug weg zur Kirche, um die Sperrung zu verhindern. Der Besuch der Gottesdienste in Härtensdorf ist an den letzten Sonntagen so stark angewachsen, wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

In Nejschka fand am 4. Dezember die erste Einweisung eines Pfarrers durch den Vorsitzenden des Landesbruderrates in Sachsen, Superintendent Hahn, statt. Da die Einweisung selbst in der Kirche nicht vorgenommen werden konnte, zog die Gemeinde in feierlichem Zuge nach dem Gottesdienste auf den Schloßhof der Patronin. Dort fand dann die Einweisung unter freiem Himmel statt.

Im „Evangelium im Dritten Reich“ Nr. 49 findet sich folgende Mitteilung: „Die Reichskirchenregierung antwortete kürzlich auf eine Anfrage, daß es beabsichtigt ist, sämtliche Geistlichen in die Erzieherschule einzugliedern. Eine Zugehörigkeit der Geistlichen zur Deutschen Arbeitsfront sei mithin nicht erforderlich.“ — Damit hat die sog. Reichskirchenregierung gesagt, daß die Tätigkeit der Geistlichen in der Erziehung bestehe. Wir überlassen es unseren Lesern, zu entscheiden, ob das bekennnistreue ist.

In Hannover versuchte der Führer der D.C., Hahn, den aufgelösten Landeskirchentag wieder einzuberufen. Von den wenigen erschienenen Mitgliedern wurde ein Telegramm mit folgendem unverantwortlichen Anfang an den Reichsinnenminister gesandt: „Aus schwerem Kampf um die Gestaltung der Evangelischen Kirche und gegen den jede Ordnung zerstörenden D. Marahrens . . .“ — Am Abend der Sitzung dieses Landeskirchentages war zu einer Versammlung der Deutschen Christen einberufen worden. 800 Besucher waren erschienen. Die Versammlung ist sehr leidenschaftlich verlaufen. Am nächsten Tage waren die stadt-hannoverschen Kirchenvorsteher von den Deutschen Christen eingeladen worden. Von den 300 Kirchenvorstehern, die allerdings nicht alle persönlich eingeladen waren, sind zu dieser Versammlung nur 50 erschienen, von denen noch 12 erklärten, keine Deutschen Christen zu sein. — Die stadt-hannoversche Bekenntnisgemeinschaft hatte am 3. 12. eine kurzfristig einberufene Versammlung in der Stadthalle. Dazu waren 3 500 Leute erschienen.

Druck: Heinrich Uetermann, Bad Salzungen.